



Evangelische Verantwortung

Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft

von Gerd Langguth

Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987 fand die erste große Revision der Römischen Verträge statt, mit der sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet haben, den vollkommenen Binnenmarkt bis zum 31. Dezember 1992 schrittweise zu verwirklichen. Auf dieses Vertragsziel wie auf das Zeitziel haben sich die zwölf Mitgliedsstaaten verbindlich festgelegt.

Europa bleibt also gerade mit der Einheitlichen Europäischen Akte nicht mehr im Unverbindlich-Proklamatorischen stecken, sondern bewirkt eine Dynamik, die vor wenigen Jahren – nachdem viele europäische Gipfel gescheitert waren – unvorstellbar schien. Dennoch sollten die Integrationsschritte auch vor der Einheitlichen Europäischen Akte nicht unterbewertet werden.

In den ersten Jahren galt es zunächst, Zölle und mengenmäßige Beschränkungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten abzuschaffen. Diese Anstrengungen waren erfolgreich. Auf dem gewerblichen Sektor

schaftlichen Handel werden keine Zölle mehr erhoben, die Handelspolitik gegenüber Drittstaaten wird gemeinschaftlich durchgeführt. Am 1. Januar 1970 schließlich folgte der völlige Zollabbau im Agrarbereich. Trotz einer gewissen Stagnation in den Folgejahren trat aber immerhin im März 1977, also vor nunmehr zwölf Jahren, das Europäische Währungssystem (EWS) in Kraft. Im Juni 1977 fand die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament statt.

Europaweite Regionalpolitik soll Wohlstandsunterschiede ausgleichen

Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind über 30 Jahre vergangen. Wichtige Ergebnisse des Integrationsprozesses sind hier noch einmal festgehalten:

1. Aus den drei einstigen supranationalen Organisationen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist eine funktionsfähige Handlungseinheit geworden: die Europäische Gemeinschaft.

2. Auch wenn die Befugnisse des aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Europäischen Parlamentes noch zu gering sind, so hat gerade nach Verabschiedung

Fortsetzung nächste Seite

Liebe Leser,

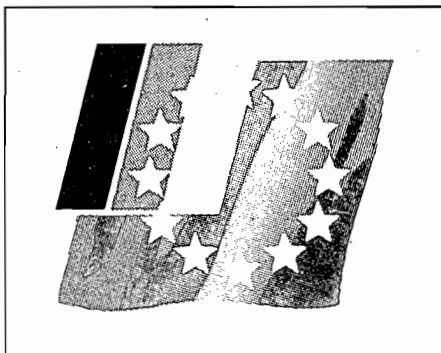
Wir freuen uns sehr, Ihnen heute das neue Erscheinungsbild der Evangelischen Verantwortung präsentieren zu können. Bitte schreiben Sie uns nach Durchsicht Ihre Meinung zu dem geänderten Lay-Out.

Diese Spalte soll künftig als Sprachrohr dienen, um unsere Leser mit wichtigen Tips und Anregungen zu versorgen.

Vier Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament möchten wir das Thema „Europapolitik“ aufgreifen. Sie lesen diesmal, welche Aufgaben in der Europapolitik verstärkt wahrgenommen werden. Der Leitartikel ist von **Dr. Gerd Langguth**, Leiter des Büros der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Hoffnung, daß alle Beiträge Ihr Interesse finden und Ihnen das neue Bild gefällt, verbleiben wir bis zur nächsten Ausgabe

*Ihre
Redaktion*



Europa im Aufwind

konnte die Zollunion schon Mitte 1968, also 18 Monate vor Ablauf des vertraglich festgelegten Zwölf-Jahres-Programmes, verwirklicht werden: Im innergemein-

der Einheitlichen Europäischen Akte die demokratische Legitimität der Gemeinschaft durch erweiterte – wenn noch nicht genügend weitgehende – Rechte des Europäischen Parlaments Fortschritte gemacht.

3. Aus einstens sechs Mitgliedstaaten sind unterdessen zwölf geworden. Die Zahl der Einwohner hat sich auf mehr als 320 Millionen verdoppelt. Dies bedeutet: Der europäische Binnenmarkt ist der größte einheitliche Wirtschaftsraum in der westlichen Welt. Er ist größer als der der USA oder Japans.

4. Gleichwohl hat sich durch den Beitritt Irlands, Griechenlands, Spaniens und Portugals die sozio-ökonomische Struktur der Gemeinschaft verändert. Die größer gewordenen Wohlstandsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sollen und müssen durch eine europaweite Regionalpolitik ausgeglichen werden.

5. Vor allem durch das Abkommen von Lomé mit den sogenannten AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks hat die Europäische Gemeinschaft eine große entwicklungspolitische Aufgabe, vor allem in Afrika, übernommen.

Wichtige Einzelziele wurden ermöglicht:

- Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wird mit dem Ziel fortgeführt, Überschüsse abzubauen und gleichzeitig das Gesamtbudget der Gemeinschaft zu entlasten.

- Durch die Reform der drei Europäischen Strukturfonds und durch die Verdopplung ihres Finanzvolumens bis zum Jahre 1993 soll der Zusammenhalt der Gemeinschaft insbesondere zwischen den wirtschaftlich stärkeren und den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten verstärkt werden.

- Eine Reform des Haushaltes der Gemeinschaft sichert ihre Finanzierbarkeit. Dies geschieht durch die Einführung einer vierten Einnahmequelle, die sich am Bruttosozialprodukt und damit an der wirtschaftlichen Leistungskraft der Mitgliedsstaaten orientiert. Auch dadurch wurde eine solide finanziell-institutionelle Grundlage für den Binnenmarkt geschaffen.

Was ist noch zu tun?

Wenn das Zeitziel des 31. Dezember 1992 verwirklicht werden soll, dann darf das Arbeitstempo nicht gedrosselt werden, denn die Beschlüsse zur Verwirklichung des Binnenmarktes müssen in jedem der zwölf Mitgliedsstaaten nach ihrer Verabschiedung im EG-Ministerrat noch von den nationalen in Gesetzesform gegossen und also auch entsprechend von den Verwaltungen umgesetzt werden. Da dieser Prozeß in der Regel zwei Jahre dauert und wir bis zum 31. Dezember 1992 nur noch weniger als vier Jahre Zeit haben, werden die Jahre 1989 und 1990 entscheidend dafür sein, ob der Elan der letzten beiden Jahre auch wirklich zum völligen politischen Durchbruch führt.

„Ein gemeinsamer Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Währung wird Stückwerk bleiben. Entscheidungen in der Währungspolitik müssen von vornherein gesucht werden und nicht erst am Ende eines Einigungsprozesses.“

Constantin Frhr. Heereman

Eine wichtige Aufgabe in der vor uns liegenden Phase ist es nun, die in den einzelnen Staaten höchst unterschiedliche Besteuerung von Unternehmen, Produkten und Kapitalerträgen einander anzugleichen. Dies ist notwendig, weil sonst die offenen Grenzen zu schweren Wettbewerbsverzerrungen führen könnten. Ferner müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Grenzkontrollen auch tatsächlich abgeschafft werden, denn nur so kann der freie Markt auch wirklich entstehen.

Europa als Solidargemeinschaft

Europa ist jedoch mehr als nur eine ökonomische Einheit, mehr als nur die Schaffung von Wohlstand und damit auch die



Für beider Zukunft macht die EG Entwicklungspolitik.

Schaffung von neuen Arbeitsplätzen; obwohl beides nicht unwichtig ist. Die EG ist auch eine Gemeinschaft der Solidarität, weil die Reichen den Ärmern helfen: Weit über 200 Milliarden DM stellt die Gemeinschaft hierfür in den kommenden vier Jahren bereit. Dieses Geld soll vor allem den ärmeren Regionen im Süden helfen, wobei diese Mittel auch zur Hilfe für die von industriellen Strukturproblemen betroffenen Regionen und im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in ganz Europa, also auch in Deutschland eingesetzt werden.

Ein Europa im Wohlstand muß sich aber auch seiner Verpflichtungen gegenüber den ärmeren Ländern außerhalb der Gemeinschaft bewußt sein. So versucht die Gemeinschaft mit einer ganzen Reihe von Abkommen und Programmen den Ländern der Dritten Welt zu helfen, sich selbst zu helfen. Dies ist auch ein Ziel der gegenwärtig laufenden Beratungen über ein neues Abkommen mit den über 60 AKP-Ländern.

„Beispielhafte Zone des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes“

Jacques Delors hat in einem Brief an die Deutschen darauf hingewiesen, daß die Europäische Gemeinschaft „mehr als Wohlstandsverein“ ist. Griechenland, Portugal und Spanien konnten als ehemalige Diktaturen erst dann Mitglied der Gemeinschaft werden als sie demokratische Staatsformen hatten. Es war das Beispiel der demokratischen EG-Staaten, die die Diktaturen zu Fall gebracht hat. Eine Gemeinschaft, die bei internationalen Verhandlungen mit einer Stimme spricht, kann sich auch überzeugender für die Demokratie, die Freiheit und

die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Sie kann mit den anderen europäischen Staaten im Westen wie im Osten unseres Kontinents einen politischen Dialog führen.

„Europa“ ist mehr als das EG-Europa. Die EG soll und wird prinzipiell allen Staaten offenstehen, die demokratisch strukturiert sind. Darüber hinaus gilt es einer gelegentlich geführten Scheindiskussion entgegenzuwirken, als wäre die europäische Integration ein politischer Gegensatz zur Einheit der Deutschen. Die deutsche Teilung wird nur überwunden werden können, wenn auch die europäische Teilung überwunden wird. Beide bedingen sich; sie sind nicht isoliert – auch angesichts der Teilung Berlins – überwindbar.

Die Anziehungskraft, die westeuropäische Binnenmarkt gerade in dieser Zeit auf die Staaten des Comecon hat, zeigt indes, daß die europäische Integration eine friedenssichernde Funktion hat. So schließt denn auch der Brief Delors an die Deutschen: „Es gibt also für die Europäische Gemeinschaft keine Alternative. Nur durch wirtschaftliche Macht und politische Geschlossenheit wird die Gemeinschaft attraktiv genug bleiben, um ihren Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas zu leisten. Nur so können wir eine beispielhafte Zone des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes schaffen.“

Ann.: Dr. Gerd Langguth ist Leiter des Büros der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland und Bundesvorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Das vereinigte Europa – eine Herausforderung für die Kirchen

von Rolf Scheffbuch

Die Vision vom „Christlichen Abendland“ bestimmte nicht nur die großen Konzeptionen vom „Heiligen Reich“ und vom Herrschertum „von Gottes Gnaden“. In den meisten Teilen Europas war auch der „gemeine Mann“ mindestens in gewisser Weise mit der christlichen Kirche verbunden. Das hat über lange Zeit hinweg den Lebensstil, die Werte, die Ordnungen bis hin zu den Gesetzbüchern der europäischen Länder bestimmt.

Der Lack des „Christlichen Europas“ ist abgeblättert

Über was einst wie ein „Retungsfloß“ war, zerfällt heute von Tag zu Tag mehr. Als Gemeindepfarrer kann man es heute hautnah erleben, wie unverständlich, ungeduldig und nicht selten aggressiv getaufte Mitglieder der Kirche reagieren. So etwa wenn bestimmte Wünsche an die „Kirche“ nicht sofort erwartungsgemäß erfüllt werden: etwa daß der Zweieinhalbjährige in den Kindergarten aufgenommen wird, daß die „Kirche“ einen Pflegeheimplatz für den Opa findet, daß eine ganz

abendländische Kirche geübt darin, aus lauen Christen bessere Christen zu machen. Das ganze System der kirchlichen Jugendunterweisung zielte darauf ab. Mit Lehre, Erbauung, Seelsorge und Moralappellen sollte bei Erwachsenen nachgeholfen werden. Heute erweist sich dies ganze Instrumentarium der „Nachhilfe“ weithin als untauglich.

Es hilft nicht viel weiter, „Schuldige“ für diese ganze Entwicklung aufzuspüren. Man kann lange darüber streiten, ob die Reformation dafür verantwortlich zu machen ist, daß aus Europa ein Vaterland der Spaltungen wurde. Es hilft auch

die christliche Kirche dabei einen wesentlichen Beitrag zu leisten vermag?

Die Christen Europas stehen gemeinsam vor einer großen Herausforderung

„Nur indem wir Christus näherkommen, kommen wir einander näher“. So wurde es schon 1952 bei einer ökumenischen Kirchentagung in Lund/Schweden gesagt. Die Aufsplitterung der christlichen Kirchen in Europa kann nur überwunden werden, indem hinweg über Grenzen von Sprachen, Traditionen und Denominationen die Gemeinschaft im Glauben an Jesus Christus neu erkannt wird. Damit haben Christen aus allen Ländern und Kirchen Europas seit den Nachkriegsjahren einen neuen Anfang gemacht.

Mit dieser letzten Verbundenheit im gemeinsamen Glauben an Jesus Christus sind sie inmitten des langsam zusammenwachsenden westlichen Europas zu einer „task-force“ geworden, die weit in die Christenheit Osteuropas hineinwirkt. So wird etwa über dem oft zitierten Konflikt in Ulster/Nordirland zwischen „schlechten Katholiken und schlechten Protestanten“ (Dr. Visser't Hooft) vergessen, wieviel zur Versöhnung und Einigung durch „gute Protestanten und gute Katholiken“ beigetragen worden ist.

Heute könnte man die Herausforderung für die Christen Europas so formulieren:

„Nur indem wir gemeinsam Jesus Christus als den Retter bezeugen, können wir einen wesentlichen Beitrag zur Hebung des geistlichen Grundwasserspiegels in Europa geben“.

Schließlich hat die religiöse Entwicklung Europas seit der Aufklärung nicht dazu geführt, daß eine säkulare Gesellschaft entstanden ist, die keine religiösen Glaubensäußerungen mehr kennt. So hatte man ja noch vor 25 Jahren angenommen. Aber es hat sich zwischen Portugal und Finnland, zwischen Schottland und Griechenland eine Form „Zivilreligion“ entwickelt, in der der kirchliche Service am Muttertag und am Heiligen Abend, beim Volkstrauertag und beim Erntedankfest ebenso wichtig ist wie bei Beerdigungen, Konfirmationen und Trauungen. Es hat sich eine Form von „religiösem Heidentum“ (Dr. Visser't Hooft) herausgebildet: **Eine große Zahl von Menschen rechnet „irgendwie“ mit einem göttlichen Wesen, mit einer „irgendwie“ gerechten Weltordnung, mit einem „irgendwie“ stattfindenden Weiterleben nach dem Tode.** Viele Menschen glauben sogar, daß Jesus ein großer Lehrer der Menschheit war, obwohl viele seiner Lehren für unsere Zeit nicht mehr brauchbar scheinen.

Aber zur Praktizierung dieses „Irgendwie-Glaubens“ braucht die Mehrzahl dieser „gottgläubigen“ Menschen weder Kirche, noch Bibel, noch Pfarrer. Sie wollen gar nicht unbedingt „Christen“ sein. Es genügt ihnen, in moralischem Sinn „irgendwie“ christlich zu sein. Dabei gibt ihnen das Dogma von der Freiheit und von der Selbstbestimmung des Menschen das innere Recht, selbst auszuwählen zu können, was denn nun „richtig“ oder „falsch“, was „gut“ und was „böse“ ist.

Im Unterschied dazu hatte Bischof Dr. Martin Kruse, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, der EKD-Synode für den November 1988 die Hausaufgabe gestellt, klar darüber Auskunft zu geben, „wie man Christ wird und wie man Christ bleibt“. Denn schließlich ist die Verbundenheit mit Christus nocheinmal etwas anderes als das irgendwie „Christliche“.

Fortsetzung nächste Seite



Schülergruppen fordern ein vereintes Europa

bestimmte Erzieherin im Kindergarten angestellt wird, daß wiederholt Geschiedene kirchlich getraut werden, daß der islamische Schwiegersohn getraut wird, daß Sektenmitglieder als Paten zugelassen werden, daß am Sonntagmorgen das störende Glockengeläut eingestellt wird.

Die oft ultimativ vorgebrachten Forderungen sind Signale dafür, daß das bisherige Wohlwollen gegenüber der Kirche nicht mehr tragfähig ist. Es gleicht vielmehr brüchigem Eis. Jahrhundertelang war die

nicht viel weiter, aufzuzeichnen, wie die Philosophien der Aufklärung bis hin zum Menschen unserer Tage das Denken beeinflusst haben. Die letzten Jahrzehnte haben deutlich gemacht, daß auch die euphorisch verfolgten Strukturreformen nicht der kirchlichen Misere beikommen konnten.

Können angesichts dieses Niedergangs des einstigen „Christlichen Abendlandes“ die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die auf eine verstärkte Einigung Europas hinarbeiten, überhaupt darauf hoffen, daß

Kein vordergründiger christlicher Aktivismus kann mit den Problemen unserer verwickelten Welt fertigwerden. Wahrhaft christliches Handeln kann nur geschehen in der Gewißheit, die nicht nur für gefühlvolle weihnachtliche Stunden gilt: „Welt ging verloren, Christ ist geboren... Christ, der Retter ist da!“

Das europäische Zusammenwachsen – ein Lichtblick für die Christen

Die Christen und Kirchen Europas stehen erst am Anfang, die gemeinsame Herausforderung zu erkennen: Dem europäischen ethischen Subjektivismus und Hedonismus, der

alles Gemeinschaftsleben tötet, kann nur gewährt werden durch eine gemeinsame und verstärkte Verpflichtung gegenüber dem Jesus Christus, den Gott zum Wohl des Menschen zum Herrn bestimmt hat; die lähmende Heils-Ungewißheit des modernen europäischen Menschen kann nur aufgehoben werden in der Gewißheit des Heils, die Jesus Christus als Retter gewährt für Menschen, die vieles falsch gemacht haben und falsch machen; die engsubjektivistische „Irgendwie-Gewißheit“ im Blick auf ein persönliches Weiterleben nach dem Tode kann nur geheilt werden durch die biblische Hoffnung auf den „neuen Himmel und die neue Erde, in der Gerechtigkeit wohnt“ und die

Jesus Christus bringen wird.

Die Kirchen Europas haben **mehr** zur inneren Einigung und Heilung Europas beizutragen als ein wenig Mithilfe bei der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Einzelgänge und bei der Linderung sozialer Probleme. „In Europa herrscht ein großer religiöser Hunger“. So sagte es jüngst der aus Ghana stammende Evangelist Gottfried Osei-Mensah. Anzeichen für die Suche nach „mehr Lebenssinn“ seien der Drogenkonsum, der um sich greifende Spiritismus und das Anwachsen der „religiösen Selbstbedienungsläden“.

Dieser tiefgreifende Hunger nach religiöser Gewißheit ist vielen Menschen Europas ge-

meinsam. Diese Herausforderung Europas zu erkennen und auf sie ohne Besserwisserei und ohne überheblichen Dogmatismus zu reagieren, kann der Beitrag der Christen und Kirchen Europas zum Zusammenwachsen unseres Kontinentes sein.

Die über die Grenzen der Denominationen hinweg gebrauchte Parole von der „Neuevangelisierung Europas“ beschreibt die Aufgabe. Sie hat Verheißung, weil „Gott will, daß allen Menschen geholfen wird und alle zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“.

Anm.: Dekan Rolf Scheffbuch ist Vorsitzender des Europäischen Zweiges der Lausanner Bewegung.

Der EG-Binnenmarkt 1992 in der Praxis für Politik und Wirtschaft

von Ingo Friedrich

Gegenwärtig gliedert sich die Wirtschafts- und Handelswelt weltweit völlig um. Wir sprechen bereits von einer neuen Triade, bestehend aus USA, dem pazifischen Raum (also Japan und Umfeld) und der Europäischen Gemeinschaft. Wirtschaftlich und technologisch gesehen sind diese Machtblöcke die neuen „großen Drei“. Jeder dieser Machtblöcke bemüht sich derzeit, seinen Binnenmarkt zu konstruieren: USA veranstaltet eine Freihandelszone mit Kanada, Japan mit seinem Umfeld, ja sogar Australien versucht ähnliches mit den Nachbarländern, insbesondere mit Neuseeland.

Die Idee eines großen Marktes ist übrigens uralte. Friedrich List hat mit dem Deutschen Zollverein 1834 den deutschen Binnenmarkt verwirklicht. Auch damals schon ohne Österreich. Im Grunde ist es eine Idee der alten Römer: Wenn sie die Landkarte des Römischen Reiches auf die der EG legen, dann ist es erstaunlich, wie eng die damaligen Grenzen den heutigen EG-Grenzen entsprechen.

Im Römischen Reich war vieles von dem bereits Realität, von dem die Europäer heute erst träumen. Es gab eine einheitliche gemeinsame Währung, ein römisches Recht, das von der Nordspitze Europas bis zum Norden Afrikas Geltung hatte. In gewisser Weise hatten die Römer schon einen europä-

ischen Binnenmarkt in die Realität umgesetzt.

Grundsätze der neuen EG-Binnenmarktpolitik

Es gibt einige wenige Prinzipien, nach denen die EG-Entscheidungen hinsichtlich Handel, Technologie, aber auch Normen und Steuern getroffen werden. An diesen Prinzipien richten sich alle EG-Organen aus, also das EG-Parlament genauso wie die EG-Kommission und der Europäische Gerichtshof, der übrigens für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und die politische Integration Europas manchmal mehr bewegt als andere europäische Institutionen. Die Entscheidung

des Europäischen Gerichtshofes zeichnen sich durch stark europäorientierte Ziele aus.



Dr. Ingo Friedrich, MdEP

Das vorherrschende Grundprinzip lautet: **Nur soviel EG-Harmonisierung und Vereinheitlichung wie unbedingt notwendig und gleichzeitig soviel Öffnung der Grenzen wie möglich.** Das klingt vernünftig – und sicher gibt es dazu auch keine echte Alternative. Aber wer die-

sen Grundsatz befürwortet, muß wissen, welche Konsequenzen er damit „automatisch akzeptiert“.

Einige Beispiele aus der Praxis

1. Verbesserung der europäischen Umwelt-Situation

In diesem sehr sensiblen Bereich strebt die EG an, soweit wie irgend möglich, gemeinsame EG-Umweltmindeststandards durchzusetzen. So konnte beispielsweise erreicht werden, daß bei den Autos über 2000 ccm Hubraum der Katalysator verbindlich für alle vorgeschrieben wird; für die Autos mit einem mittleren Hubraum (zwischen 1400 ccm und 2000 ccm) wurden bestimmte Abgaswerte als Mindestnorm vorgeschrieben, aber für die kleinen Automobile (unter 1400 ccm Hubraum) konnte noch keine gemeinsame europäische Mindestnorm erreicht werden.

Wie beim Auto entsprechen auch in anderen Umweltbereichen die europäischen Mindeststandards häufig nicht den deutschen Vorstellungen. Das Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland ist erheblich intensiver ausgeprägt als in den meisten unserer Nachbarländer, insbesondere aus dem südlichen Bereich. Weil dies so ist, haben sich die EG-Staaten insbesondere auf Druck aus der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 darauf geeinigt, in ihrem eigenen staatlichen Bereich striktere, strengere Umweltnormen ver-

ngen zu dürfen. Anders ausgedrückt darf die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Umwelt von ihren eigenen Bürgern, insbesondere von ihren eigenen Herstellern von Produkten, strengere Vorschriften verlangen, als es die EG-Mindestnormen vorschreiben.

Allerdings: EG-Produkte, die den EG-Mindeststandards entsprechen, dürfen an den Grenzen nicht mehr gestoppt werden.

2. Sozialraum Europa

Sowohl im Römischen Vertrag als auch in der Einheitlichen Europäischen Akte, werden für den sozialen Bereich keine spezifischen Vorschriften niedergelegt. Im Augenblick sind die sozialen Niveaus innerhalb der EG-Staaten sehr unterschiedlich strukturiert. Insofern können nach der Öffnung der Grenzen in der Tat sogenannte Billigunternehmen, z. B. aus Portugal, Aufträge in Deutschland übernehmen. Allerdings kommt hier ein striktes Territorialitätsprinzip zur Geltung: Wer in Deutschland arbeitet, muß entsprechend des deutschen Tarifvertrages entlohnt und entsprechend der Sozialstaatsklauseln versichert sein.

Langfristig ist zu erwarten, daß weder Deutschland seine hohen Sozialnormen auf ein EG-Durchschnittsniveau „herunterharmonisiert“, noch die Nachbarländer kurzfristig auf das deutsche Niveau aufschließen.

Neue Diskussionen laufen darauf hinaus, innerhalb Europas gewisse soziale Mindeststandards zu verabschieden, die in jedem EG-Land eingehalten werden müssen. Hier ist ein Prozeß zu erwarten, der auch durch die Kräfte des Marktes dazu führt, daß die Niedriglohnländer schrittweise auf das höhere Niveau der Hochlohnländer, wie z. B. Deutschland, aufschließen.

EG-Binnenmarkt und Weltwirtschaft

Aus Europa klingt es unisono: Eine „Festung Europa“ werde es nicht geben. Mit dem gleichen Brustton der Überzeugung behauptet allerdings Amerika, das „fortress Europa“ sei schon gebaut. Sogar

die Japaner entwickeln ähnliche Ängste vor Europa.

Wie sieht es nun mit der Festung Europa in der Praxis aus? Die EG hat ohnehin bereits die Kompetenz zum Abschluß von Handelsverträgen. Dieses spezifische Hoheitsrecht haben die EG-Nationalstaaten bereits verloren.

Natürlich wird es durch den EG-Binnenmarkt auch unbeabsichtigt gewisse Auswirkungen mit Festungscharakter geben: So waren wir Europäer etwa ganz glücklich, als EG-weit das Hormonverbot durchgesetzt werden konnte. Dies war EG-intern schwierig genug, weil z. B. die Engländer meinten, die „hysterischen Deutschen“ mit ihren irrationalen Ängsten könnten nicht überall Recht bekommen. Es sei nun mal so, daß die Deutschen sich immer und überall vor Radioaktivität, vor Umweltgiften, vor Waldsterben und ähnlichem fürchten, ohne daß dies rational kühl, nüchtern und wissenschaftlich begründet werden könnte.

Das EG-Hormonverbot gilt naturgemäß nicht in den USA und für aus den USA exportierte Lebensmittel. Wenn die USA Lebensmittel allerdings in die EG einführen wollen, unterliegen diese selbstverständlich dem EG-Hormonverbot mit der Konsequenz, daß ab Februar 1989 kein „Hormonfleisch“ aus den USA mehr nach Europa geliefert werden kann. Für die USA ist dies der schlagende Beweis für die „Festung Europa“. Jetzt beginnen die Europäer ihre Märkte vor amerikanischen Produkten abzuschotten.


Ein weiteres Beispiel: Auf Videorecorder aus sogenannten Billiglohnländern wird ein EG-Außenzoll von 14 % erhoben. Nun wurde festgestellt, daß Südkorea Videorecorder nicht als Fertigprodukt, sondern als gesonderte Teile in die EG liefert, weil auf Bauteile nur der siebenprozentige Einfuhrzoll der EG liegt. In der EG wurden dann diese Teile in sogenannten Schraubenzieherfabriken zusammengebaut mit der Konsequenz, daß nunmehr die europäischen Hersteller Videorecorder nicht mehr zum wettbewerbsfähigen Preis herstellen konnten. Durch Bemühungen von europäischen Politikern wurde als Reaktion dar-

EG-Binnenmarkt 1992: Chancen für Arbeitsplätze

Der geplante EG-Binnenmarkt 1992 kann rund 1 800 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Zollformalitäten werden abgeschafft


Offene Grenzen beleben den Handel:




200 000 Arbeitsplätze

Mehr Konkurrenz für Banken und Versicherungen

Billigere Kredite und Policen für Wirtschaft und Verbraucher führen zu mehr Investitionen und Konsum:




400 000 Arbeitsplätze



Mehr Konkurrenz bei öffentlichen Aufträgen


Staat kauft beim billigsten Anbieter, spart Geld, kann Steuern senken oder Arbeitsplätze schaffen:



350 000 Arbeitsplätze

Größerer Markt für Unternehmen

Größere Stückzahlen senken Kosten und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der EG-Unternehmen auf dem Weltmarkt:



850 000 Arbeitsplätze

7251 © globus

Der EG-Binnenmarkt schafft Arbeitsplätze

auf auch für zentrale Bauteile von Videorecordern ein Normalzoll von 14 % festgelegt. Ist dies nun eine Auswirkung der Festung Europa oder nicht? Ist eine solche Reaktion der EG mit den GATT-Regelungen konform oder nicht? Die Diskussion hierüber wird noch lange andauern.

Ein letztes Beispiel: Der berühmte „Nissan-Fall“. Die EG-Staaten können bei der EG-Kommission Import-Quoten aus Drittstaaten beantragen, wenn sie ausreichend begründen, daß durch derartige Importe Eigenindustrien extrem gefährdet wären.

Diese Beschränkungen werden allerdings immer nur zeitbegrenzt durch die EG-Kommissionen genehmigt. Derzeit hat beispielsweise Frankreich eine solche Genehmigung für die Beschränkung des Importes von Automobilen aus Japan. Flexibel, wie die Japaner sind, reagierten sie auf diese französischen Importbeschränkungen bei Autos demgemäß, daß sie eine Nissan-Autofabrik in England, also innerhalb des EG-Marktes, bauten. Autos aus England können entsprechend des EG-Rechts an der französischen Grenze natürlich nicht mehr aufgehalten werden. Die Franzosen reagierten mit der Behauptung, die entsprechenden Nissan-Autos seien zwar in England gebaut, aber immer noch japanische Nissan-Autos, da die meisten der Teile dieser Autos nicht in England gefertigt, sondern aus Japan importiert werden. Es erhob sich ein großer Streit, welcher Eigenanteil an einem Auto in der EG

produziert werden muß, wenn es ein EG-Auto sein soll.

Aus der hart geführten Diskussion kristallisierte sich heraus, wenn 70 % der englischen Nissan-Autos aus EG-Teilen hergestellt und nur 30 % aus Japan importiert werden, dann erhält dieses englische Nissan-Automobil das Prädikat, ein europäisches Auto zu sein, und Frankreich darf seine Grenze gegenüber diesen Produkten nicht mehr schließen.

„Deutschlands Zukunft heißt Europa“

Angesichts dieser gewaltigen Entwicklung im Umfeld der EG und für unsere deutsche Volkswirtschaft kann die Devise nur lauten: Rechtzeitig und umfassend informieren, die unternehmensspezifisch zutreffende Strategie entfalten und das gesamte unternehmerische Umfeld auf den neuen EG-Binnenmarkt einstellen.

Das Ziel unserer Politik muß sein, so viel individuelle Vielfalt der Regionen zu bewahren und auszubauen, wie nur irgendwie möglich und gleichzeitig soviel Zusammenarbeit über die EG-Grenzen hinweg zu praktizieren, wie erforderlich, um im weltweiten Konkurrenzkampf bestehen zu können. Die Vielfalt Europas ist gleichzeitig sein Reichtum.

In diesem Sinne gilt: Deutschlands Zukunft heißt Europa.

Ann.: Dr. Ingo Friedrich ist Präsident der Europäischen Mittelstandsunion und EAK-Bezirksvorsitzender der CSU Mittelfranken

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Bonn. Auf dem Kongreß „Frieden – Freiheit – Soziale Gerechtigkeit“ hielt am 18. Januar 1989 Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ein politisches Grundsatzreferat. Er führte unter anderem aus:

... Begreifen wir deshalb das Jubiläum unserer Bundesrepublik Deutschland auch als einen Aufruf, neue Kräfte zu mobilisieren, Fähigkeiten und Tugenden zu erneuern, die manche schon zum alten Eisen werfen wollten – und die doch unseren wirtschaftlichen Aufstieg erst möglich gemacht haben.

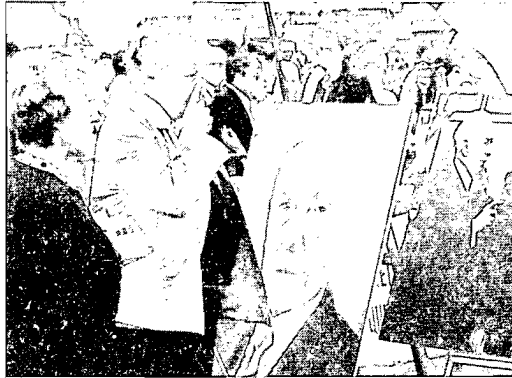
Ich spreche von der Bereitschaft zur Leistung, zum engagierten Einsatz über das zwingend Vorgeschriebene hinaus. Ich spreche auch von der Fähigkeit zur Eigeninitiative, vom Mut zum Risiko, von Sorgfalt und Zuverlässigkeit – von vermeintlich altmodischen Einstellungen also, die dem „Made in Germany“ seinen guten Ruf verschafft haben.

So verstanden, können vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland in der Tat kein Grund sein, uns selbstzufrieden zurückzulehnen – uns gleichsam auf den Lorbeeren unseres Jubiläums auszuruhen. Sie sind vielmehr immer auch Mahnung und Antrieb – eine Orientierungshilfe im Blick auf die Zukunft. Selbstzufriedenheit, Satttheit und Bequemlichkeit wären Verrat an den künftigen Generationen.

In vielfacher Hinsicht hat die Entwicklung unseres freiheitlichen Gemeinwesens – allen Wechseln und Veränderungen zum Trotz – eine bemerkenswerte Kontinuität gezeigt. Im Rückblick erkennen wir: Wichtige Erfahrungen, Zusammenhänge

und Grundbedingungen haben ihre Gültigkeit bewahrt. So wie vor vierzig Jahren, müssen wir sie auch jetzt beachten, wenn wir neue Ziele anstreben. Wir haben eine konkrete Vision, von der wir uns dabei leiten lassen: die Vision einer Friedensordnung, die ganz Europa – und auch die Deutschen – in Freiheit vereint. Wir wissen nicht, bis wann wir sie verwirklichen können, aber wir lassen nicht nach, mit ganzer Kraft dafür zu arbeiten – und gerade in letzter Zeit haben wir ermutigende Fortschritte erzielen können.

Vor allem ist die Vollendung des europäischen Binnenmarktes auf einem guten Weg. Wir bauen weiter an dem Werk, das Konrad Adenauer, Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi und viele andere begonnen haben.



Was können die Erben Adenauers heute für eine europäische Einigung tun?

Foto: poly-press

Der gemeinsame Binnenmarkt wird eine völlig neue Qualität der europäischen Einigung eröffnen. Als Raum ohne Grenzen für 320 Millionen Bürger wird er einen wirtschaftlichen Schub bewirken, den man nur mit Ludwig Erhards Währungsreform vergleichen kann. Aber er wird Europa auch politisch entscheidende Impulse geben.

Es geht in diesem Zusammenhang auch darum, der Gemeinschaft fortschreitend die Dimension eines gemeinsamen Sozialraumes und eines gemeinsamen Währungsraumes zu eröffnen – sowie eine wesentlich größere Übereinstimmung in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen.

Termine – Ereignisse – Veranstaltungen

3.–5. 3. 1989 Außerordentlicher Deutschlandtag „Jugend 2000 – Reform des JU-Grundsatzprogramms“. Oldenburg

Information: Junge Union Deutschlands, Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2.

31. 3.–1. 4. 1989 Symposium „Christen und Grundgesetz“. Köln, Kardinal-Frings-Str. 1–3. Kommission für Zeitgeschichte in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte.

Information: Kommission für Zeitgeschichte, Königstr. 28, 5300 Bonn 1

5. 4. 1989 Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Konrad-Adenauers Patriotismus“. Rhöndorf.

Information: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Konrad-Adenauer-Str. 8c, 5340 Bad Honnef 1

22. 4. 1989 Deutschlandpolitischer Kongreß „Ein freies Deutschland in einem freien Europa“. München

Information: Union der Vertriebenen und Fachauschuß

Deutschland und Außenpolitik der CSU, Nymphenburger Str. 64–66, 8000 München 2

18.–20. 5. 1989 Kongreß „Von Weimar nach Bonn – Freiheit als Aufgabe“. Berlin, Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Regierender Bürgermeister von Berlin und Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

24. 5. 1989 Staatsakt „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“. Bonn, Beethovenhalle, 11.00–12.45 Uhr

12.–14. 6. 1989 Kongreß „Religion, Aufklärung und politische Kultur“. Frankfurt, Alte Oper.

Information: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 5205 Sankt Augustin 1

16. 6. 1989 Podiumsdiskussion „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland und Europäische Integration“. Bonn, Wissenschaftszentrum, Ahrstraße 45, 17.00 Uhr.

Information: Presse- und Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Zitelmannstraße 22, 5300 Bonn 1

Verantwortung für den Schutz des ungeborenen Lebens übernehmen

von Albrecht Martin

Alle demokratischen Parteien sind sich darin einig, daß es das Ziel und die Aufgabe von Staat und Gesellschaft sein müsse, auf eine Verringerung der Zahl der Abtreibungen hinzuwirken, damit möglichst jedes Leben, auch das noch nicht geborene, sein Lebensrecht behält.

Alle demokratischen Parteien halten aber das Strafrecht, soweit es die Mutter betrifft, für ein ungeeignetes Mittel, das noch nicht geborene Leben zu schützen. Mit besonderer Deutlichkeit hat die CDU auf ihrem Wiesbadener Parteitag ihre Entscheidung unterstrichen, auf Strafbewehrung zu verzichten, aber alles zu tun, um ungeborenes Leben zu schützen.

Nun erleben wir heute, daß die Diskussion um das Lebensrecht des ungeborenen Lebens wieder auf die Situation von vor 10 Jahren zurückgeworfen wurde.

Was ist geschehen?

Der novellierte § 218 StGB hat die Möglichkeit einer Indikation an streng zu beachtende Voraussetzungen gebunden, vor

allem an eine intensive Beratung der Schwangeren. Vielfältige Anzeichen begründen den Verdacht, daß diese Beratung in nicht seltenen Fällen nur der Form halber stattfindet, nicht aber mit dem Ziel, die Schwangere zum Austragen ihres Kindes und damit zur Erhaltung des noch nicht geborenen Lebens zu veranlassen. Die Regierungsparteien haben sich auf die Vorlage eines Beratungsgesetzes geeinigt.

Schon sehen bestimmte Kräfte – bis in die Reihen der F.D.P. hinein – in dem erst als Referentenentwurf vorliegenden Gesetz eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau und werten schon die Absicht auf ein Beratungsgesetz als Angriff auf den novellierten § 218. Man beantwortet die Absicht mit der Forderung, so kinderfreundliche und sozial abgesicherte Verhältnisse in unserer Gesellschaft zu schaffen, die künftig in keiner Frau mehr den Gedanken aufkommen ließen, ihr Kind nicht auszutragen. Natürlich wissen alle, die so argumentieren, daß ihre Forderung auf die praktische Freigabe der Abtreibung hinausläuft.

Zwar ist es richtig, alles nur Erdenkbare zu tun, um Frauen in der Not zu helfen – und das ist die Absicht des geplanten Beratungsgesetzes – aber ideale Verhältnisse, ein Leben ohne Belastungen und Sorgen, die durch die Geburt eines Kindes auch u. U. vermehrt werden können, kann keine Gesellschaft und kein Staat schaffen und dann garantieren. Wenn die Angst vor den Folgen der Zerstörung der Umwelt die Abtreibung rechtfertigt, dann steht der Schutz menschlichen Lebens nur noch auf dem Papier!

Wer ohne die erwähnten Voraussetzungen zu beachten, eine Indikation vornimmt, hat gegen ein Gesetz verstoßen und sich u. U. strafbar gemacht; das gilt nicht für die Schwangere, wohl aber z. B. für den Arzt. Darin waren sich auch alle Fraktionen des Bundestages seinerzeit einig. Pressemeldungen nach haben zahlreiche Ärzte erklärt, sie würden die „vom Gesetzgeber 1976 aufgetragene Aufgabe“ weiterhin erfüllen. Gleichzeitig lehnen sie das geplante Schwangeren-Beratungsgesetz ab. In der gegenwärtig bestehenden Situation bedeutet das eine möglichst uneingeschränkte Freigabe der Abtreibung.

Darüber hinaus haben in einer Illustrierten zahlreiche Frauen unter Angabe ihres Namens bekannt: „Wir haben abgetrieben“. Es geht nicht darum, das seinerzeitige Verhalten dieser Frauen zu beurteilen, es geht vielmehr um dieses heute abgegebene „Bekenntnis“. Es soll vermittelt werden: wenn so viele es getan haben, und auch so prominente Frauen, dann ist es doch wohl nicht so schlimm. Auch in seiner heutigen Form ist dann der § 218 StGB gegebenenfalls eine Behinderung der Karriere, eine Begrenzung der Selbstverwirklichung. Und wo bleibt das Lebensrecht des ungeborenen Lebens?

Es kommt aber noch schlimmer: neben anderen „prominenten“ Männern haben namhafte Politiker der SPD und der

GRÜNEN sich dazu bekannt, eine Abtreibung ihrer Partnerin respektiert und mitgetragen zu haben. Zwei dieser Herren haben einmal als Minister, einer als Kultusminister, den Eid auf die Verfassung, die den Schutz des menschlichen Lebens gebietet, abgelegt. Sie haben als Abgeordnete Gesetze beschlossen, deren Befolgung durch die Bürgerinnen und Bürger sie erwarten. Jetzt erklären sie – anders kann man ihre Äußerung nicht verstehen –, daß sie ein Gesetz, das dem Schutz des Lebens dient, nicht geachtet haben. Sie haben den Gesetzesbruch respektiert und mitgetragen bzw. den Entschluß ihrer „Partnerin“: wie edelmütig!

Warum haben sie damals so gehandelt? Wollten sie ihre Karriere nicht belasten? Oder wollten sie einfach nur nicht zahlen? Es war doch auch ihr Kind, das sie, da es noch nicht geboren war, am Leben hinderten! Ist das für sie heute eine Schuld, die sie bedrückt, oder wollen sie ihr damaliges, für ein ungeborenes Kind tödliches Verhalten dadurch nachträglich rechtfertigen, daß es – jedenfalls vor dem Gesetz – nicht mehr als Schuld gilt, indem sie die Abtreibung völlig freigeben?

Es mag sein, daß jene „Bekenner“, mögen sie nun Frauen oder Männer, prominent oder weniger prominent sein, lautstark Beifall erhalten. Sicher ist, daß sie mit ihrem Verhalten das Rechtsbewußtsein in unserem Volk schädigen. Damit ist die Grundlage unseres freiheitlichen Rechtsstaates bedroht.

Angesichts dieser Lage wächst die Verantwortung der Unionsparteien für den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens. Sie dürfen sich durch nichts in der Wahrnehmung dieser Aufgabe beirren lassen. Nicht in der Rückkehr zum § 218 StGB vor der Novellierung liegt die politische Aufgabe, sondern in der Verbesserung der sozialen Lage für Mütter und Kinder, in einem wirksamen Schwangeren-Beratungsgesetz, in der klaren Abgrenzung gegen jede Form der Verharmlosung der Tötung ungeborenen menschlichen Lebens, vor allem aber in einer Einstellung unserer Gesellschaft, die Kinder als Gabe und Aufgabe versteht.

Problembewußtsein

in punkto Abtreibung in der Bevölkerung gewachsen

FRAGE: „Eine Frage zum Schwangerschaftsabbruch. Hier sind drei Meinungen. Welcher Meinung würden Sie zustimmen?“

	Männer		Frauen	
	1983 %	1988 %	1983 %	1988 %
„Der Abbruch der Schwangerschaft sollte grundsätzlich jeder Frau in den ersten drei Monaten erlaubt werden“	28	24	28	19
„Der Schwangerschaftsabbruch sollte nur in ganz bestimmten Fällen erlaubt werden, z. B., wenn die Ärzte es empfehlen, oder wenn schlechte soziale Verhältnisse vorliegen oder sonst aus zwingenden Gründen“	55	61	55	62
„Der Schwangerschaftsabbruch soll wieder verboten, der § 218 sollte in der alten Form wieder eingeführt werden“	9	9	12	14
Unentschieden	8	6	5	5
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Protestantische Profile

von Horst Horrmann

Heute sagt uns Horst Horrmann, Kultusminister von Niedersachsen, wie ihm der christliche Glaube im politischen Tagesgeschäft hilft.



Horst Horrmann: Als Christ weiß ich in der Politik, was ich bewirken will.

Kant hat den politisch-kulturellen Prozeß der Aufklärung gekennzeichnet gesehen als Streben nach Mündigkeit durch öffentlichen Vernunftgebrauch. Sein Aufruf „Sapere Aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ steht am Beginn eines Prozesses, der

in mehr als 200 Jahren zur Entstehung der modernen Welt geführt hat.

Heute scheint es, daß dieser Prozeß der Aufklärung in gewisser Weise in einer Sackgasse endet: Die mit der Aufklärung einhergehende Säkularisierung hat nicht nur zur Auflösung und Entmächtigung traditioneller Werte und Religionsformen geführt; sie beginnt nun, ihr eigenes Subjekt, den Menschen, anzugreifen. Im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit wird am Ende der produzierende Mensch selbst reproduzierbar; er verliert sein Subjektsein. Die Aufklärung, angetreten im Zeichen der Überwindung von Unmündigkeit durch Vernunftgebrauch, droht in einer „neuen Unmündigkeit“ zu resultieren, die den Menschen in seinem Subjektsein, seinen zwischenmenschlichen Beziehungsfähigkeiten und seinem Geschichtsbewußtsein nicht stärker, sondern schwächer macht.

Die Aufklärungskriterien Vernunft und Kritik sind zweifellos unverzichtbar und haben vieles Gute bewirkt; sie sind aber nicht in der Lage, Moral, Werte

und Normen zu begründen. Sie haben vielmehr die Wirkung, auch noch die Reste traditioneller Wertbestände auszuhöhlen und aufzuweichen. Aus diesem Verlust an Transzendenz aber resultieren umfassende Remythologierungsprozesse; hier liegen die Wurzeln von Bewegungen wie der des „New Age“. Das Bedürfnis nach metaphysisch begründeter Moral, nach Transzendenz scheint mir jedoch auch politische Auswirkungen zu haben, indem unendliche Erwartungen ersatzeshalber auf Staat, Gesellschaft und Politiker projiziert werden, die diese zu erfüllen nicht in der Lage sein können. So wird die neue Unmündigkeit jedoch gewiß nicht überwunden, sondern nur weiter gefestigt.

In dieser Situation schätze ich mich glücklich und bin ich dankbar dafür, über meinen christlichen Glauben zu verfügen, auch für meine politische Arbeit: Als Christ weiß ich in der Politik, was ich bewirken will. Natürlich sind auch meine christlich-sozialen Grundsätze nicht ohne weiteres durchsetzbar; von der Erreichung des Ide-

als bin und bleibe ich oft weit entfernt. Dennoch stellen die Grundsätze einen unverzichtbaren Orientierungspunkt dar in der komplexen Umwelt, in der wir uns heute bewegen. Sie helfen mir, mich zu orientieren, die Richtung anzugeben und zumindest Annäherungswerte zu erreichen. Sie sind mir Maßstab und Richtschnur des Handelns zugleich.

Der christliche Glaube verhilft im politischen Tagesgeschäft zu der notwendigen Nüchternheit gegenüber der Einschätzung der Möglichkeiten, die Politik und politisches Handeln überhaupt haben. Dies ist auch und gerade im Bereich der Bildungspolitik von oft unschätzbarem Wert. Der Christ ist in seinem Wissen um die Endlichkeit und Begrenztheit des menschlichen Wollens und der von Menschen geschaffenen und geprägten Welt gefeit gegen allzu hohe Erwartungshaltungen, gegen Katastrophenstimmungen und säkularisierte Formen der Naherwartung.

Ich glaube, daß in der heutigen Zeit den Christen die Chance gegeben wird und die Verantwortung auferlegt ist, die unbarmherzige Dialektik der Aufklärung wenn nicht aufzuheben, so doch zumindest zu mildern. Sie werden mit der Nüchternheit, Selbstlosigkeit und Hoffnung, die in ihrem Glauben liegt, ganz besonders gefordert sein.

Was ist ein Christ in der Gegenwart?

von Marlene Lenz

Das Leben eines Christen bewegt sich zu jeder Zeit in der grundsätzlichen Gegensatzspannung, in die gläubig gelebte Existenz von ihrem Wesen her den Menschen versetzt. Für seine Alltagspraxis heißt das, der bleibenden Überforderung durch das Leben aus dem Glauben zuzustimmen.

Was ist der Christ in der Gegenwart?

In vielen Antworten, aber noch mehr Fragen läuft für mich dieser Satz zusammen. Fragen, die man sich selbst stellt.

In einer Welt, die voll von fertigen Rezepten, beruhigenden Heilslehren, schnellen Anklagen, allgegenwärtiger Beserwisserei und lückenlosen Be-

weisführungen ist, kann der Christ oft genau diese Art von Antworten nicht geben, denn diejenigen, die seine Haltung bestimmen, liegen in Glauben und Hoffnung; jedenfalls kann ich sie nicht geben. Wie oft wird man aber gerade im politischen Leben dazu veranlaßt, Patentrezepte zu entwickeln und Aufsehen zu erregen mit Dingen, die es kaum wert sind, beachtet zu werden. Sollte man es sich als Christ dann leicht machen? Keine Antwort ist auch eine Antwort!

Es fällt oft schwer, vor dem Berg der Probleme das „kleine Wunder“ des Lebens, des Gelingens, des Gedeihens und Blühens noch zu sehen. Aber wird nicht gerade von uns verlangt,

durch den Glauben an Gott, der uns in seiner Hand trägt und aufgrund einer Verantwortung, die über unsere eigene Lebensspanne hinausgeht, den Glauben an die Menschen nicht zu verlieren? Zunehmend lerne ich hierfür von meinen Einsichten und Einsätzen in Lateinamerika.

Wie immer empfinde ich sehr stark den Wechsel der Szenen, die Rückkehr in einen wohlgeordneten Kontinent. Er fordert jeden aufmerksamen Beobachter heraus, der die Not der Dritten Welt sieht. So, wie die Dinge jetzt dort liegen, glaube ich zum Beispiel nicht, daß die von allen Seiten verlangte Lösung der Schuldenkrise für die Elendsviertel der riesigen Städte große Wirkungen haben wird. Sicher, sie ist mehr als dringend, sie muß auf der Ebene der Regierungen, der Banken und der Verantwortlichen in Gläubiger- und Schuldnerländern gefunden werden, um insgesamt eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zu bewirken. Aber wann wird das in den Favelas, den Pueblos

jovenes („junge Dörfer“ = Elendsviertel) sichtbar?

Viel eher spüren die Menschen den unmittelbaren Versuch, ihnen dort an Ort und Stelle zu helfen. Der Mut von Menschen, in diesen Stadtvierteln in einem Netz von Unglück, Bedrohung, Verbrechen und Not ihr Leben zu gestalten, ist die stärkste Aufforderung, etwas zu tun, und mag es noch so bescheiden sein. Auch sie haben ihre Vorstellung vom Glück, sie wollen für ihre Kinder ein besseres Schicksal erreichen. Sie haben oft mehr Mut zum Leben als unsere im Wohlstand lebende Gesellschaft.

Nicht Worte und Parolen helfen hier, auch Gewalt bietet keine Lösung, sondern nur neuen Grund zur Gewalt.

Geduld und Hilfe zur Selbsthilfe können vielleicht einen Ausweg weisen. Doch auch hier sollte der Mensch in seiner Würde und Unverletzlichkeit gesehen werden.

Quelle: Christ in der Gegenwart

Wilhelm Hahn: Europäische Turpolitik. Libertas Verlag, Sindelfingen 1987

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn MdEP faßt den geistigen Ertrag seiner politischen, wissenschaftlichen und kirchlichen Aktivitäten in diesem Buch zusammen. Der aus dem Baltikum stammende Theologe und Politiker sah sich stets zu öffentlichem Handeln aus christlicher Verantwortung verpflichtet: Man fand ihn bei der Suche nach neuartigen Problemlösungen, die er in konstruktiver Offenheit vorantreibt, oder bei der vernünftig selektierenden Bewahrung dessen, was im schnellen Wandel unserer Zeit kein seiner Kultur verpflichteter Europäer aufgeben kann.

Friedrich: Projekt Europa. über EMSU – Büro Bonn zu beziehen.

Die Auswahl kritisch-wachsamer Analysen und Empfehlungen zeigen die tiefgreifende

Sachkenntnis eines Politikers, der Europa nicht nur auf den Lippen führt, sondern dessen Erkennen auch bis zum Bodensatz der Probleme reicht.

Deutlich wird das an der Auswahl von 15 in diesem Paperback wiedergegebenen Texten für deutsche und europäische Medien: Ingo Friedrich analysiert, mahnt, kritisiert, drängt dort zur europäischen Vernunft – ob das die deutsche Einheit betrifft oder den Binnenmarkt, den Umweltschutz oder die Hochtechnologie, den Mittelstand oder das Europaparlament. Die Auswahl ist zu einem Nachdenkbuch in Sachen „Projekt Europa“ geworden.

Ein roter Faden ist dabei der europäische Mittelstand, dem Friedrichs besondere Sorge gilt.

So ist dieses Buch mehr als ein Leseheft über die Chancen und Beschwerden des Projekts „Europa“. Es ist ein Appell, ein Aufruf zum Mitmachen.

Roswitha Wisniewski, Hermann Kunst: Handbuch für Frauenfragen. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1988

HANDBUCH für FRAUENFRAGEN
Zur Stellung der Frau in der Gegenwart
Informationen - Analysen - Anregungen



Dieses Handbuch für Frauenfragen informiert über Stellung und Aufgaben, Anliegen und Schwierigkeiten der Frauen in der Gegenwart. Mit einer Fülle von Fakten und Daten wird eine Bestandsaufnahme für Bereiche wie Kultur, Recht, Beruf, Religion, Politik gegeben. Nach wie vor sind aber namentlich auch die Frauen in den Alltag der Familien gestellt. Einen besonderen Schwerpunkt des Buches bilden daher psychologische, pädagogische und medizinische

Beiträge, die fachmännische Hinweise zur Bewältigung mancher Probleme geben.

Der wissenschaftliche Anspruch des Handbuches ist durch Mitwirkung namhafter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewährleistet. Gezielte Literaturhinweise schließen die zusammenfassenden Überblicksartikel ab und ermöglichen die weitere Beschäftigung mit den jeweiligen Themen. In einigen zentralen Bereichen haben sich Veränderungen gravierend auf das Leben von Frauen ausgewirkt, und sie sind teilweise nach wie vor umstritten.

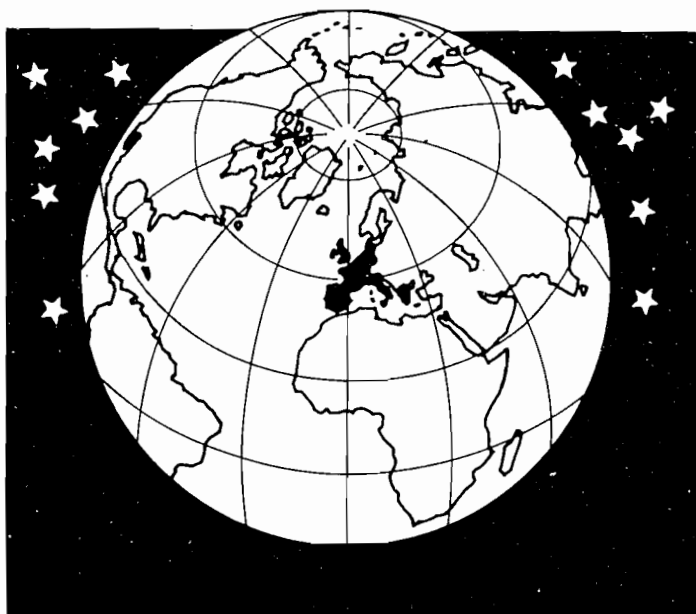
Deshalb werden unterschiedliche oder auch sich ergänzende Auffassungen etwa zu Ehe, Ehescheidung, Schwangerschaftsabbruch, Kirche, kirchliche Mitwirkung von Frauen nebeneinander gestellt. Es ergibt sich ein differenziertes Meinungsbild zu diesen zentralen Lebensfragen, wie es für unsere Zeit charakteristisch ist.

Europa-Parlamentarier treffen sich im Ökumenischen Arbeitskreis

Recht eigenartig ist die Einstellung der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu den Kirchen. Obwohl die Gründerväter überzeugte Christen waren und sie die Gemeinschaft eindeutig aus christlichen Motiven wollten, haben die Kirchen im Gefüge der EG institutionell keinen Platz gefunden. Doch in Straßburg gibt es seit 1979 einen Ökumenischen Arbeitskreis.

Der Heilige Stuhl ist zwar seit 1974 – neben 135 anderen Staaten – mit einer Botschaft bei der EG vertreten, er hat aber keinen unmittelbaren Einblick, geschweige denn Einfluß auf die Arbeit der Institutionen; die Vertretungen der nichtkatholischen Kirchen haben nicht einmal den Status von Botschaften.

Um im Europäischen Parlament die Präsenz der Kirchen zu sichern, haben das katholische Sekretariat für europäische Fragen und das Ökumenische Zentrum in Brüssel gleich nach der Di-



rektwahl des Europa-Parlaments im Jahre 1979 einen Ökumenischen Arbeitskreis für Abgeordnete und Beamte des Parlaments ins Leben gerufen. Als Vorbild dienten ähnliche Einrichtungen in den nationalen Parlamenten. Man beschloß, sich während der Plenarwoche in Straßburg im Rahmen eines

Mittagessens zu treffen und sich über ein vorher festgelegtes Thema auszutauschen.

Für die Auswahl der Themen mußte zwischen zwei Tendenzen unter den Abgeordneten ein Kompromiß gefunden werden: Einige wollten während der recht turbulenten Sitzungswoche eine

„besinnliche Stunde“ haben, um ihren Glauben zu stärken, andere suchten für diezu fallenden Entscheidungen im Parlament Argumentationshilfe.

Daher stehen im Arbeitskreis abwechselnd aktuelle politische Themen und Fragen des Glaubens auf der Tagesordnung. Der Lage in Namibia wurde ebenso eine Sitzung gewidmet wie dem Problem der Immunschwächekrankheit Aids. Der Referent über Namibia war übrigens der anglikanische Libanon-Vermittler Terry Waite, der freilich damals noch nicht in den Schlagzeilen stand; die Aids-Frage wurde bereits 1985 diskutiert, und die Gesprächsrunde verlangte Maßnahmen von der EG, die die Empfehlungen später für ihre eigene Aktion übernahm. Andererseits wurden der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe über den Frieden und Trends in der Ökumene behandelt.



Jochen Borchert, MdB, Stellvertreter EAK-Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Seit Oktober 1988 ist Jochen Borchert Beauftragter der

CDU/CSU-Fraktion für die Belange der Evangelischen Kirche.

Dialog zwischen Kirche und Politik aufgenommen

Zu einem ersten Meinungsaustausch werden sich am Donnerstag, den 23. Februar 1989 um 10.00 Uhr im Bundeshaus Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern der Vereinigung Evangelischer Freikirchen treffen. Von der CDU-Seite gehören zu den Teilnehmern u. a. der parlamentarische Staatssekretär Dr. Otfried Hennig und Dr. Paul Hoffacker. Auch Mitglieder des EAK-Bundesarbeitsvorstandes werden an dem Gespräch teilnehmen. Es sollen folgende drei Themen angesprochen werden: Beratungsgesetz, Jugend und Familie, Aussiedler.

Mehr evangelische Christen gehen zum Abendmahl

Als eine erfreuliche Erscheinung im kirchlichen Leben wertet Landesbischof Johannes Hanselmann die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Zahl der Abendmahlbesucher „erheblich zugenommen hat“. Als Grund für diese Zunahme führt Hanselmann an, daß heute in den Gemeinden häufiger zum Abendmahl eingeladen wird als früher.

Im Gegensatz dazu gebe es heute Gemeinden, die auf dem Weg sind zum Sakramentsgottesdienst als dem Normalfall des Sonntagsgottesdienstes. In diesem Zusammenhang weist

der Bischof auf zwei Gefahren in der Abendmahlspraxis hin. Es gebe Fälle, wo ein ganzes Fest zum Abendmahl gemacht wird und „die Mitfeier ohne jegliche Zensur in ein fröhliches Zuprosten übergeht oder aber ein solches Fest unvermittelt in die Abendmahlsfeier einmündet“. Zum anderen hätten Gruppen „abendmahlsähnliche Handlungen“ geschaffen, bei denen sogenannte Agapen, die Liebesmahle der frühen Christen, nicht deutlich vom heiligen Abendmahl abgesetzt werden.

Quelle: LW

Was evangelische Bundestagsabgeordnete für ihre Kirche tun

Nun ist der Deutsche Bundestag auf dem Weg zum „gläsernen Abgeordneten“ ein kleines Stück vorangekommen. In Ergänzung zu seinem „Amtlichen Handbuch“ mit den persönlichen Daten der 519 Parlamentarier hat er nun deren Tätigkeiten in Wirtschaftsbetrieben, Interessenverbänden, Wohltätigkeitsvereinen und selbstverständlich auch in Kirchen veröffentlicht. Die Angaben beruhen auf einem Fragebogen, den Bundestagspräsident Philipp Jenninger allen Abgeordneten hat zustellen lassen. Im Vorwort zum Ergänzungsband des „Amtlichen Handbuchs“ schreibt Jenninger: „Die Mitglieder des Bundestages unterwerfen sich damit erheblichen Einschränkungen ihrer Privatsphäre. Das geschieht jedoch, um das Vertrauen der Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Deutschen Bundestag zu stärken und die Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten in der Öffentlichkeit zu dokumentieren.“

Die Liste der Abgeordneten, die eine Tätigkeit in der evangelischen Kirche angeben, wird von Hans Apel (SPD) angeführt, der im Stiftungsrat der Alsterdorfer Anstalten in Hamburg sitzt, gefolgt von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Lieselotte Berger (CDU). Sie gehört dem Kuratorium der evangelischen Fürst-Donnersmarck-Stiftung zu Berlin an. Und das Handbuch endet mit evangelischen Eintragungen unter dem Namen Rudi Walter (SPD), der der Mitgliederversammlung der Evangelischen Altenhilfe Hofgeismar angehört.

Beim genauen Hinsehen zeigt sich, daß dieses Buch unvollständig ist. Wahrscheinlich liegt es an der Kompliziertheit oder der Ungenauigkeit der Fragen, die zu den Lücken im Handbuch Teil II geführt haben. Bei Bundesverkehrsminister Jürgen Warnke (CSU) ist seine Mitgliedschaft in der EKD-

Synode nicht zu finden. Im Teil I des Handbuchs ist sie erwähnt. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) schweigt über ihre Mitgliedschaft im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Man muß also davon ausgehen, daß die Angaben über kirchliche Ämter nicht vollständig sind. Rund ein Drittel der Abgeordneten hat angegeben, man habe keine Angaben zu machen.

Zu den Abgeordneten, die eine Tätigkeit innerhalb der evangelischen Kirche angeben, zählt Landwirt Jochen Borchert (CDU), Mitglied der Kirchenleitung von Westfalen, und der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU), Mitglied der rheinischen Kirchenleitung. Waffenschmidt führt lückenlos alle Ämter auf: Er ist auch Presbyter in Waldbröl, Kreissynodaler „An der Agger“ und stellvertretender Synodaler der EKD.

Ämter im Protestantismus üben auch Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen aus. Antje Vollmer gehört dem Kuratorium des Evangelischen Studienwerks Schwerte an; ihr Fraktionskollege Ludger Vollmer einem Fachbeirat des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP). Bei den Freien Demokraten ist neben Frau Hamm-Brücher unter anderen auch Otto Graf Lambsdorff als Kurator des Johanniter-Krankenhauses in Duisburg-Rheinhausen tätig. Uwe Ronneburger gehört der EKD-Synode an.

Herta Däubler-Gmelin, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, ist Mitglied der Kammer für soziale Ordnung der EKD. Renate Hellwig (CDU) arbeitet in der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung mit und der Parlamentarische Staatssekretär Volkmar Köhler (CDU) in der EKD-Kammer für

den kirchlichen Entwicklungsdienst. Klaus Daweke (CDU) gehört dem Kuratorium des Evangelischen Studienwerks Schwerte an. Werner Dollinger (CSU) gibt seine Mitgliedschaft in den Synoden von EKD und Bayerischer Landeskirche an. Dieter Haack (SPD) ist Mitglied der bayerischen Synode und des Verwaltungsrates der Rummelsberger Anstalten der Inneren Mission, Peter W. Höffkes (CSU), Synodaler der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und Vorsitzender ihres Rechtsausschusses.

Selbstverständlich verschweigt Jürgen Schmude von der SPD-Bundestagsfraktion nicht sein Amt als Präses der EKD-Synode und seine Fraktionskollegin Waltraud Steinhauer aus dem Siegerland nicht, daß sie dem Vorstand des Vereins der Freunde und Förderer der Evangelischen Sozialakademie Friedewald angehört. Dafür macht sich der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Lutz Stavenhagen (CDU), im Vorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS) verdient. Vergessen werden sollen aber auch nicht Reinhard Meyer zu Bentrop (CDU), der seine Freizeit als Verwaltungsrat des Evangelischen Johanneswerkes Bielefeld opfert, und auch nicht Konrad Porzner (SPD), stellv. Mitglied sowohl der bayerischen als auch der EKD-Synode. Übrigens fällt auf, daß das angeführte katholische Engagement ausschließlich auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschränkt bleibt, während die evangelischen Abgeordneten quer durch alle vier Bundestagsfraktionen für ihre Kirche tätig sind.

K. Rüdiger Durth in idea
Anm.: Vor kurzem mußten Jochen Borchert und Horst Waffenschmidt wegen Arbeitsüberlastung auf ihre Ämter in der Kirchenleitung verzichten.

„Pfarrer und Wirtschaft“

Die Zukunft gemeinsam gestalten(!)?

von Albrecht Martin

In den Beiträgen zur Gesellschafts- und Bildungspolitik des Instituts der Deutschen Wirtschaft (7/1988) hat Gerhard Schmidten seine Untersuchung „Pfarrer und Wirtschaft“ vorgelegt, aus der sich interessante Rückschlüsse auf die Einstellung von Pfarrern und Religionslehrern zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt ziehen lassen.

Zwar erscheint die Zahl der Befragten zu gering, um differenzierende Folgerungen ziehen zu können, zumal die befragten evangelischen Pfarrer zum großen Teil die Antworten verweigert haben. Aber gewisse Trends lassen sich erkennen, und hier sind die Unterschiede in der Einstellung evangelischer und katholischer Pfarrer und Religionslehrer bemerkenswert.

Wenn 58 % der befragten evangelischen Theologen, aber nur 37 % der katholischen die Veränderung der Arbeitswelt durch technischen Fortschritt „aus christlicher Perspektive“ für bedenklich halten, wenn die friedliche Nutzung der Atomenergie im Verhältnis von 79 % zu

39 %, ebenso aus christlicher Perspektive, skeptisch beurteilt wird, so zeigt dies Unterschiede im Verhältnis zur modernen Technik, die sich auf die Einstellung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen auswirken können.

In Gemeindearbeit und Religionsunterricht, wenn nicht gar in der Predigt, wird solche die Technik ablehnende Auffassung immer wieder deutlich werden und Schüler und Jugendliche wie andere Gemeindeglieder entsprechend beeinflussen. Als Folge davon muß befürchtet werden, daß aus der evangelischen Gemeinde kommende junge Menschen sich schwerer für Berufe des technischen Bereiches entscheiden werden. Die im 19. Jahrhundert und während der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts bestehende Tendenz, nach der gerade eine Affinität des evangelischen Bevölkerungsteiles zur modernen Technik bestand, würde geradezu umgekehrt. Das aber wäre nicht nur im Blick auf die Zukunft verhängnisvoll, die Wirkung wäre auch heute schon bedenklich.

Evangelische Christen, die in technisch-wirtschaftlichen Be-

rufen arbeiten, könnten sich in ihrer Kirche nicht mehr heimisch fühlen.

Damit aber ginge auf längere Sicht auch die Möglichkeit verloren, das kritische Potential des Protestantismus in die weitere technische Entwicklung einzubringen. Auf Dauer kann man an der geistigen Auseinandersetzung um die Gestaltung der Zukunft nur teilnehmen, wenn man nicht in der Haltung der grundsätzlichen Ablehnung verharrt, – und das wäre bei Bedenken „aus christlicher Perspektive“ wohl unausweichlich.

Was sich im Verhältnis der Theologen der beiden Kirchen zur Technik zeigt, stellt Schmidten auch hinsichtlich der Beurteilung von Gesellschaft und Staat fest. Unsere Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft erscheint „aus christlicher Perspektive“ 65 % der evangelischen Theologen als bedenklich; ähnlich negativ beurteilen 54 % den „Stand der sozialen Gerechtigkeit“, während für die katholische Seite die entsprechenden Prozentzahlen 45 und 30 sind. Entsprechend die-

ser sehr unterschiedlichen Beurteilung der gegenwärtigen Lage trauen 52 % der katholischen Theologen unserer Gesellschaft die Fähigkeit zur Lösung der vor uns stehenden Probleme zu, aber nur 23 % der evangelischen.

An die Stelle einer optimistischen Zukunftserwartung, wie sie früher für den Protestantismus charakteristisch war, ist eine gewisse Sorglichkeit getreten. Soweit einige Ergebnisse der Arbeit von Gerhard Schmidten.

Nun soll hier gewiß nicht der Wiederkehr einer unbekümmerten Fortschrittsbegeisterung das Wort geredet werden. Aber wenn sich Trends unter der evangelischen Theologenschaft so deutlich verändern und anders verlaufen als bei katholischen Theologen, dann muß das Gründe haben; bei Theologen sind es wohl theologische Gründe.

Es sei die Frage erlaubt: Könnte es nicht sein, daß die radikale Vergegenwärtigung der Heilshoffnung dazu geführt hat, daß man der Zukunft nicht mehr hoffnungsfroh entgegengehen kann? Könnte es nicht sein, daß die Hinwendung zum Nächsten zwar starke soziale Kräfte in unseren Gemeinden entbunden hat, aber die Felder der Wirtschaft, des Staates, der Naturwissenschaft, der Technik nicht als Bereiche gesehen hat, in denen verantwortliches Handeln des Christen sich bewähren muß – und zwar nicht nur in der Ablehnung?

Gemeinsames Papier der evangelischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgestellt

von Friedrich Carl Schilling

Mit dem vollmundigen Hinweis, daß zum erstenmal „eine evangelische Arbeitnehmer- und eine evangelische Unternehmerorganisation sich auf einen gemeinsamen Text verpflichtet haben“, stellten die beiden Sozialpartner in Bonn ein fünf Seiten umfassendes Papier vor. Diese „Gemeinsame Erklärung über die Grundfragen evangelischer Sozialethik“ wird als ein Versuch bezeichnet, „fern aller sonst weithin üblichen Konfrontationen“ eine verbindende Basis zu beschreiben, ohne den Anschein völliger Harmonie zu erwecken. In Einzelfragen sind der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer

durchaus verschiedener Meinung. Aber sie verstehen sich als „Dienstgruppen in der Kirche“ und wollen als sogenannte Laienorganisationen neben der offiziellen „Kammer für Soziale Ordnung“ beachtet werden.

In der einleitenden „Theologischen Grundlegung“ werden das christliche Gebot der Nächstenliebe und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit als Basis für ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und -nehmern bezeichnet. Unter evangelischen Sozialpartnern müsse jeder „bereit sein, eigene Vorteile und Rechte preiszugeben, wenn dies für das Wohl des Ganzen notwendig ist“. Um sich dabei gegenseitig zu ergänzen, sollten beide Verbände sich mehr

als bisher um Übereinstimmung in Grundsatzfragen bemühen.

Daneben wird kaum erkennbar, wie in der Natur der Sache liegende Spannungen gemindert werden könnten. Bei der Präsentation der „Gemeinsamen Erklärung“ wurden verschiedene Auffassungen unter anderem in der Frage der postulierten „individuellere Gestaltung der Arbeitszeit“ deutlich, wenn auch auf beiden Seiten Neigung zu Zugeständnissen bei Wochenend- und Sonntagsarbeit erkennbar war.

Als gemeinsames Hauptziel wurde die Überwindung der Arbeitslosigkeit bezeichnet, ohne daß dafür neue Einsichten vermittelt würden. Vielmehr schien

Übereinstimmung darin zu bestehen, daß vielen Langzeit-Arbeitslosen kaum geholfen werden kann, selbst wenn sie von den (inzwischen merklich vermindernden) staatlichen Qualifizierungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Die „Gemeinsame Erklärung“ enthält viele fromme Wünsche wie den, daß „eine zukunftsorientierte und konkurrenzfähige, von Unternehmern und Arbeitnehmern getragene Wirtschaft“ in der Bundesrepublik wieder in die Lage versetzt werden möge, „Arbeit für alle zu schaffen, die in unserem Lande Arbeit suchen“. Zum Umweltschutz appelliert die Erklärung an ein „gesteigertes Verantwortungsgefühl“, um das ökologische Gleichgewicht zu erhalten. Fragen nach der Wirkung des Papiers können sich auch an den Aussagen über „Wirksame Hilfe für die Dritte Welt“ entzünden, da sie statt neuer Erkenntnisse viele Gemeinplätze enthalten.

Aus unserer Arbeit

Rückbesinnung auf demokratische Werte

Bototrop. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU traf sich am vergangenen Mittwoch zu seiner traditionellen Buß- und Bettagsveranstaltung im Saalbau. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Rückbesinnung auf die demokratischen Werte des Friedens und der Freiheit.

Unter den rund 60 Teilnehmern, die aus dem gesamten Ruhrgebiet angereist waren, saßen auch Bürgermeister **Winfried Fockenberg**, CDU-Partei-vorsitzender **Erhard Grawe** und CDU-Fraktionschef **Roland Trottenburg** als Bottroper Ehrengäste. **Dr. Dieter Lingenberg**, der Vorsitzende des EAK-Bezirksverbandes Ruhrgebiet, rief zur Umkehr im Denken der politisch und kirchlich Verantwortlichen auf und mahnte die Rückbesinnung auf demokratische Werte an. Freiheit und Friede, so Lingenberg, dürften nicht gefährdet werden.

Der Kommandeur der Essener Ruhrländkaserne, Oberstleutnant **Dr. Gerhard Hecker**, trug in einem Referat seine Gedanken über Frieden und Bundeswehr vor. „Die Freiheit unseres Landes ist in enger Weise mit der Bundeswehr verbunden“, befand auch Vorsitzender Lingenberg. **Dr. Lingenberg** warnte davor, die Bundeswehr allein unter einseitigen militärischen Gesichtspunkten zu sehen und zu bewerten.

Auf dem Prüfstand: Die Politik der CDU

Flensburg. Auf einer vom Bundestagsabgeordneten **Wolfgang Börnsen** in der Akademie Sankelmark veranstalteten Klausurtagung gingen fast 50 CDU-Mitglieder der Frage nach, welche Bedeutung das „C“ für die politische Ausrichtung der Union heute noch hat. „Die Kieler Vorkommnisse, das Festklammern an politischer Macht um fast jeden Preis stellt ganz besonders die Frage nach christlicher Verantwortung“, meinte Börnsen, der darauf hinwies, daß er eine verstärkt geführte Grundwertediskussion für erforderlich halte.

Zwei Referate standen am Vormittag auf dem Programm. Zunächst ging Pastor **D. Claus-Hinrich Feilcke** der Frage nach, was es bedeute, als Christ Mitglied einer politischen Partei zu sein. Nach einigen grundsätz-

Evangelische Sammlung im Rheinland
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Essen
„Christ und politische Verantwortung heute“
Dr. Horst Waffenschmidt
 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern
 Mittwoch, den 1. März 1989, 18.30 Uhr
 im Hotel Essener Hof, Teichstr. 4300 Essen
 Verantwortlich: Dr. D. Lingenberg, Gervinusstr. 4, Essen

lichen Ausführungen, in welchem Verhältnis Glaube und Politik zueinander stünden, ließ Pastor Feilcke keinen Zweifel daran, daß Politik nicht unter der Perspektive des Pragmatischen, sondern durch den Bezug zum christlichen Menschenbild zu bestimmen sei.

Hans Bleckmann, Vorsitzender des Evangelischen Evangelischen Arbeitskreises der CDU Pinneberg, untersuchte in seinem Referat „das christliche Menschenbild angesichts der Frage gegenwärtiger Politik“. Bleckmann stellte zunächst fest, daß immer mehr Menschen die Beziehung zu ihrem Glauben verlernen und zunehmend Distanz zu ihrer Kirche üben. Gleichzeitig würden ständig steigende Forderungen an Politiker und Parteien gestellt.

Etliche Seminarteilnehmer bekundeten ihr Interesse, in einem evangelischen Arbeitskreis der CDU mitzuarbeiten, den Wolfgang Börnsen auf Kreisebene wieder ins Leben rufen möchte.

Der Mensch zwischen Glaube und Politik

Ulm. „Der Mensch zwischen Glaube und Politik“, dies war

das Thema eines Seminars, zu dem der Evangelische Arbeitskreis Württemberg und die Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen hatte. Im Mittelpunkt dieses Seminars in Ulm standen die Fragen: Was ist der Mensch, und was soll der Mensch? Der stellvertretende EAK-Landesvorsitzende **Rainer Sindlinger** vertrat die Auffassung, daß es für viele Menschen scheinbar

wicklung des Freiheitsbegriffes von der Gegenwart bis heute Freiheit bedürfe, so Fröhlich, stets einer Wertentscheidung, wobei der Träger nur der einzelne sein könne – nicht das Kollektiv.

Der Ulmer Biologe und stellvertretende Vorsitzende des EAK-Württemberg, **Prof. Dr. Foko Weberling**, ging in seinem Vortrag „Bewahrung der Natur – Aufforderung zur Nüchternheit“ ausführlich auf aktuelle Umweltbedrohungen ein. Er warnte davor, Fragen des Umweltschutzes zu Glaubensfragen hochzustilisieren. Der falsche Gebrauch einer Sache, so Weberling, hebe den rechten Gebrauch nicht auf. Man müsse wie z.B. bei der Kernenergie alle Risiken im Auge behalten, doch sei Angst ein schlechter Ratgeber.

Zum Schluß der Tagung forderte Sindlinger die Teilnehmer auf, sich auf allen Ebenen der Partei aus christlicher Verantwortung heraus zu engagieren und mit dazu beizutragen, daß der Dialog zwischen den Kirchen und der Union verbessert werde. Eine gute Politik, so Sindlinger, dürfe sich nicht auf einen Aktionismus beschränken; sie müsse vielmehr Zusammenhänge und Perspektiven aufzeigen.

40 Jahre Christlich-Jüdischer Dialog

Bonn. Am Sonntag, den 5. 3. 1989 wird in der Bonner Beethovenhalle die diesjährige „Woche der Brüderlichkeit“ eröffnet. Die Buber-Rosenzweig-Medaille wird in diesem Jahr an Sir Yehudi Menuhin (London) verliehen. Die Arbeit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit steht 1989 unter dem Motto: „Gehen zwei zusammen, ohne daß sie sich verständigt hätten?“ (Amos 3,3).

Evangelischer Arbeitskreis der CDU-Remscheid

„Wertewandel in der Gesellschaft“

Walter Tacke,
Geschäftsführer des Ernüd-Institut
Dienstag, den 7. 3. 1989,
 20.00 Uhr
 CVJM,
 Brüderstraße, Remscheid

immer schwieriger werde, Glaube und Politik zusammenzubringen. Im Gegensatz zu früher gäbe es heute weniger junge Christen, die auch aktiv in der Union mitarbeiten würden.

Prof. Dr. Dr. habil. Rainer Mayer bezeichnete in seinem Referat „Das biblische Menschenbild als Grundlage christlich-demokratischer Politik“ das der Politik der Union zugrunde liegende Menschenbild als unverzichtbare Richtschnur für politisches Handeln.

Nur der Mandatsträger, so der Mannheimer Theologe, der sich einer höheren Verpflichtung zugehend weiß, handelt letztendlich verantwortungsbewußt. **Dr. Mayer** weiter: Wir leiden an einer Theologisierung der Politik und an einer Politisierung der Theologie, was nicht zuletzt den wünschenswerten Dialog zwischen der Kirche und den Politikern erschwere.

Ein weiteres Thema bei diesem Seminar war „die Bestimmung zur Freiheit und die Verantwortung des Menschen“. Der Leiter der Abteilung Grundsatz und Politik der CDU-Landesgeschäftsstelle, **Jörg M. Fröhlich**, gab dabei einen Überblick über die Ent-

K-Regionaltagung in Hamburg

Hamburg. „Für ein menschliches Miteinander – mehr Solidarität in unserer Gesellschaft“, so lautete das Leitmotiv der Regionaltagung Nord des EAK der CDU unter der Leitung seines stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Dr. S. C. Kampf**.

Bei der Analyse der Gründe für das Phänomen einer zunehmenden „seelischen Not“ der Gesellschaft, die in Vereinsamung, Neid, Egoismus, Besitzdenken, Haß oder Intelligenz seinen Ausdruck findet und von hoher materieller Sicherheit begleitet wird, hob **Jürgen Echter** nach die gegenläufigen Entwicklungen von Wohlstand einerseits und Verantwortung für den nächsten andererseits hervor.

Ist die Bibel das politische Rezeptbuch zur Lösung staatlicher Probleme? **Dr. Kampf** wies die Versuchung dieses Ansatzes, der seiner Meinung nach die Nordelbische Kirche zuweilen unterliegt, mit dem Hinweis auf die 5. These der „Barmer Theologischen Erklärung“ zurück: „Der Staat ist Ordnung Gottes für die Welt. Die Bürger sind als Christen verpflichtet, für Leben und Freiheit des Nächsten einzustehen. Dadurch entsteht im Staat in Freiheit gelebte Gemeinschaft.“

Was aber sind die Ursachen für menschliche Kälte im Umgang miteinander, für das Versagen von Solidarität? **Albrecht Martin** vermutet, daß das Problem der Vereinsamung bzw. Einsamkeit immer mehr gesellschaftlicher Gruppen und Individuen bedingt ist durch den Aufbruch der Familien- und Generationenstrukturen. Ehescheidungen und gewollte Kinderlosigkeit moderner Ehen sind nur zwei Schlagworte dieses Trends.

Wo Eigennutz vor Gemeinwohl geht, hat Mitmenschlichkeit ebensowenig eine Chance wie Solidarität. **Pastor Adolphsen** machte aber auch positive Zeichen der Zeit – mehr Menschlichkeit und Opferbereitschaft aus christlicher Nächstenliebe – aus.

Die Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft thematisierte der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg,

Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Wirtschaftsethik – Zukunftsethik“ Kirche, Wirtschaft und Politik im Gespräch

2.–4. März 1989, Schloß Eichholz, Wesseling

u. a. mit Dr. Volkmar Köhler, Prof. Trutz Rendtorff,
Dr. Ludolf von Wartenberg

Anmeldung: Politische Akademie, Tel.: 022 36/7 07-1

berg, **Dr. Lothar Späth**, anhand vielfältiger Beispiele. Er unterstrich dabei besonders die wichtige Arbeit von Selbsthilfegruppen. Hilfe zur Selbsthilfe stellt dabei die Gruppe älterer, aus dem Erwerbs- oder Erziehungsprozeß ausgeschiedener Menschen dar. Ihr freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in der Sozialpflege könnte hilfebedürftigen Mitbürgern zugute kommen und gleichzeitig dem 3. Lebensabschnitt einen tiefen Sinn und neue Erfüllung geben.

Die finanziellen Mittel des Staates, so Späth, sind nahezu erschöpft. Er kann darüber hinaus nicht ständig den Einzelnen helfend über Wasser halten. Der Solidaritätsgedanke jedes Menschen muß wieder stärker betont werden, will man den Sozialstaat weiter am Leben halten.

Konsens, wenngleich nicht Fazit der Diskussion: Mitmenschlichkeit zeigt sich durch Solidarität im christlichen Geist der Nächstenliebe. Vereinsamung einzelner ist auch ein Symbol für die ethische Verarmung einer Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Politik und Kirche müssen sich dieses Phänomens annehmen, wobei die Politik oft nur Rahmenbedingungen für eine Rückkehr zum Gemeinsamen schaffen kann.

„Im Zeichen des Wassermanns“

Bonn. Zu untersuchen, inwiefern die **New-Age-Bewegung eine Anfrage an Gesellschaft und Kirche** darstellt, stand im Zentrum einer Tagung in der Karl-Arnold-Bildungsstätte. Auf Einladung des Arbeitskreises Theologie im EAK der CDU/CSU hatten sich etwa 30, nicht nur jugendliche Teilnehmer zusammengefunden, um ein ganzes Wochenende über die Hintergründe des New Age

nachzudenken. Das Ziel der Veranstaltung war es, einmal das Selbstverständnis der New-Age-Bewegung zu ergründen, aber auch die Faszination, die die Bewegung ausübt, kritisch zu beleuchten und schließlich das unterscheidend Christliche gegenüber New Age zur Sprache zu bringen.

In einer ersten fundierten Orientierung über das Phänomen wies der durch seinen umstrittenen Artikel über New Age in der EV 3/88 bekanntgewordene Autor **Christoph Mezger** zunächst darauf hin, daß es einer ernstzunehmenden Kritik am New Age nicht darum gehen könne, mit antiquierten und zu meist auch unverständlichen Klischees, wie Gnosis, Synkretismus oder Aberglauben, dem New-Age-Gebilde zu begegnen. Solcherlei Reaktionen seien weder dazu angetan, die Komplexität und die Durchsetzungskraft der New-Age-Bewegung zu er-

Pfarrer **Walther Schmidt** von der Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart bemängelte ebenfalls das unhistorische Systemdenken im New Age, bei dem das Abendland meist keine Rolle mehr spiele. In einer Art Neoromantik würde die Vision und Utopie eines neuen, ganzheitlichen Zeitalters gesponnen, das jeden Bezug zum geschichtlichen Denken vermissen lasse. Von daher sei es auch zu verstehen, daß die New-Age-Bewegung keinen Zugang zum Christentum habe, dem im Kreuz gerade das utopiekritische Symbol der Realgeschichte als Fundament zu eigen sei. Eine Gefahr sah Schmidt auch in der Vision eines New-Age-Übermenschen, ähnlich wie ihn Nietzsche schon einmal beschrieben habe, der letztlich die Züge des Totalitären an sich habe. Auf der anderen Seite gäbe es aber durchaus auch seriöse New-Age-Denker, die uns die Defizite in der Ökologie und in der Gesellschaft vor Augen geführt hätten. Insofern stelle New Age für ihn (Schmidt) zwar meist die richtigen Fragen, gebe aber die falschen, weil überzogenen Antworten.

Harald Baer vom Katholisch-Sozialistischen Amt in Hamm machte in einer Verhältnisbestimmung von Jugendsekten, Okkultismus und New Age deutlich, daß die Gefahr, die

8. Theologische Abendgespräch des EAK Baden

„Macht und Gewalt aus der Sicht Luthers“ Prof. Dr. Gottfried Seebaß, Heidelberg

Mittwoch, den 22. 2. 1989, 19.30 Uhr
Heinz-Schuchmann-Haus
Heilbronner Str. 30, Karlsruhe-Rintheim

Gesamtleitung: Hans-Michael Bender, Karlsruhe

klären, noch seien sie eine angemessene Antwort auf die diskutablen Theorieentwürfe der Wissenschaftler, die es im New Age immerhin auch gäbe. Mezger betonte deshalb die Notwendigkeit einer sachlichen Auseinandersetzung mit wenigstens drei Grundströmungen im New-Age-Spektrum: der wissenschaftlichen, der esoterischen und der mystischen.

von den Jugendsekten in den letzten Jahren ausgegangen sei, in ähnlicher Weise auch in den New-Age-Gruppen fortbestehe. Zwar hätten sich die Akzente im New Age gegenüber den klassischen Sekten verschoben, aber nur insoweit, als das Gurbild der Anhänger weggefallen sei, das Kursangebot bei New Age sei aber im Prinzip das gleiche.

Anschließend engagierte sich **Wenzel Graf von Stosch** für die Rückbesinnung der Kirchen auf ihre reiche spirituelle Tradition. Der Beauftragte für Konfessionskunde und Lehrer für christliche Meditation sagte, was die christliche Kirche dringend brauche. Im New Age bekämen die Christen nur das gespiegelt, was die Kirchen auf ihrem Wege fallengelassen hätten. Dies erweise sich auch in der Hilflosigkeit der heutigen Theologie des New Age. Mit ihren rationalistischen Kriterien sei die Theologie gar nicht in der Lage, die New-Age-Bewegung richtig zu erfassen, meinte von Stosch. Während New Age die Menschen dort abzuholen verstehe, wo sie stünden, würde in den Kirchen nur ideen- und menschenbezogen gepredigt. Mit dogmatischen Begriffen seien aber die Menschen heute nicht mehr zu erreichen.

Von Stosch hielt es deshalb für unverzichtbar, wieder die Begeisterung vom Konzept des Christen her in den Kirchen zu vermitteln.

Wie sich in den Diskussionen zeigte, sahen die Teilnehmer in dieser Tagung der EAK einen wichtigen Beitrag für die weitere sinnvolle Auseinandersetzung mit New Age. Eine Form der Auseinandersetzung müsse jedenfalls darin bestehen, sich in den christlichen Kirchen verstärkt um eine Wiederbelebung spiritueller-meditativer Elemente zu bemühen, meinten die Beteiligten übereinstimmend.

EAK-Teilnahme am Weihnachtsmarkt

Remscheid. Als am 8. Dezember des vergangenen Jahres durch den Absturz eines Düsenflugzeuges auf der Stockder Straße die ruhige Vorweihnachtszeit in Remscheid so jäh unterbrochen wurde, als Tod, Verwüstung und Schrecken so plötzlich über unsere Stadt hereinbrachen, zeigte sich etwas bei ihren Bewohnern, das wir schon lange verloren glaubten.

Aus Nah und Fern kam die Unterstützung, und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstand, das wir „Wohlstandsbürger“ hier in Remscheid so nicht mehr gekannt hatten. „Im Ernstfalle stehen wir alle zusammen“, war überall zu spüren.

Drei Tage später war Weihnachtsmarkt um die Stadtkirche und die Gruppen, die daran teilnehmen, stellten ihre Einnahmen den Opfern des Flugzeugunglücks zur Verfügung.

Prominenteste „Auswärtige“ war wohl die Bundestagspräsidentin **Rita Süsmuth**. Sie war nach Remscheid geeilt, um sich über den Unfall zu informieren und den Helfern zu danken.



Von links: CDU-Mitglied Jochen Welp, EAK-Vorsitzender RS Karl-Heinz Humpert, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth.

„Das christliche Menschenbild“

Ludwigshafen. Der Referent, **Pfarrer Dr. R. Ziegert**, Leiter der Evang. Akademie der Pfalz, stellte an den Beginn seines Referates die Frage: „Gibt es christliche Politik – was ist Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?“ Dazu skizzierte Dr. Ziegert die Position des katholischen Moraltheologen Johannes Reiter, der sagt, daß es einen christlichen Staat nicht gäbe, wohl aber christliche Politik; diese komme aus der jeweiligen Orientierung an Jesus Christus. Gemeinwohl über Partikuläre Interessen setzen – den Wert des Einzelnen über den Wert von Gruppen stellen – Versöhnung praktizieren. Christliche Politik bedeute, Theorie und Praxis des Jesus zeitbezogen zu realisieren. Christliche Politik sei angewandte Bergpredigt.

Dr. Ziegert wünschte sich mehr und grundsätzlicheres Nachdenken über die christliche Grundlage in der CDU. Er sieht die Gefahr, daß der Begriff „christlich“ formelhaft gebraucht wird und die CDU damit an Glaubwürdigkeit verliert.

New Age – Herausforderung für Christen und Demokraten

Herford. Die Referentin, **Helge Schilling**, legte einen Schwerpunkt in ihren Ausführungen auf das andere Staatsverständnis der New-Age-Denker, wie Fergusson und Capra. Diese könne zur Gefahr für die Demokratie werden, da es von einem

Manipulation durch Sprache

Konstanz. **Klaus Jentzsch** sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Kreisverbandes Konstanz über Chancen und Gefahren für die Sprache durch Begriffs- und Wortwahl.

„Die entscheidende Schlacht ist gewonnen, wenn man dem Gegner seine Sprache nimmt.“

Mit diesem Zitat des russischen Revolutionsführers W. I. Lenin brachte der Landesvorsitzende des Freien Deutschen Autorenverbandes, Senator h. c. **Klaus Jentzsch**, sein Anliegen auf den Punkt. Zu dem Thema „Manipulation durch Sprache in Politik und Gesellschaft“ schrieb er die Risiken und die Möglichkeiten, die in der bewußten oder unbewußten Veränderung von Worten und Begriffen liegen.

Auch die CDU habe hier die Aufgabe, derartige Worthülsen inhaltlich zu füllen, dies sei z. B. bei der „Wende“ noch nicht gelungen. Das Wort sei schließlich das „Handwerkszeug des Politikers“. Natürlich, so Jentzsch, seien im Umgang mit der Sprache nicht nur die Politiker herausgefordert, sondern jeder einzelne habe eine Eigenverantwortung, der er gerecht werden müsse. Jeder habe dafür zu sorgen, daß „das Wort mit dem Gemeinten übereinstimme“ (Konfuzius). So fügte er hinzu: „Die Menschen zerfallen in zwei Teile, der eine drückt sich falsch aus, der andere mißversteht es.“

Die rege Diskussion unter Leitung der EAK-Kreisvorsitzenden **Ute Moßbrucker** zeigte deutlich, wie wichtig die ständige Auseinandersetzung mit der Sprache ist, um der Manipulation zu entgehen und Mißverständnissen vorzubeugen.

Hermann-Ehlers-Akademie und EAK der CDU/CSU
Veranstaltung zur Woche der Brüderlichkeit

Mittwoch, den 15. März 1989, 20.00 Uhr
Haus der Kirche · Goethestr. 27 · 1000 Berlin 12

„Deutsche und Juden auf der Suche nach der Wahrheit:

**Das Judenbild zwischen
Verzerrung und Verherrlichung**

Vortrag: Prof. Dr. M. Wolffsohn

Anmeldung: Hermann-Ehlers-Akademie, Tel.: 030/31 32 03 11

FILMKRITIK

Eine Frauensache

von Claude Chabrol

Der Film schildert einfühlsam, aber dennoch neutral den Versuch einer jungen Frau mit zwei Kindern, ihren ärmlichen Verhältnissen in der Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs während des 2. Weltkrieges zu enttrinnen.

Geschäftstüchtig, zielstrebig und ohne Rücksicht auf ihren Mann, den Marie nicht mehr liebt, entwickelt sie aus einer eher zufälligen Hilfe für eine Freundin bei einer Abtreibung durch Mundpropaganda eine bald „flotende“ Abtreibungstätigkeit. Verführt durch den finanziellen Aufschwung und getrieben durch den Wunsch, Sängerin zu werden, steigert sie noch ihre Geschäftstätigkeit und vermietet tagsüber Teile ihrer Wohnung an eine befreundete Prostituierte zur Ausübung ihres Gewerbes.

Dabei ignoriert sie zunehmend ihren Mann, der daraufhin in seinem Bemühen um sie resigniert. Der wachsende Unmut ihres Mann kommt schließlich zum Ausbruch, als sie sich einen Liebhaber sucht und diesen mit in die Wohnung bringt. Mit einem anonymen Brief macht ihr Mann die Staatsanwaltschaft auf die Abtreibungspraxis seiner Frau aufmerksam. Sie wird verhaftet und wird vom

Staat zur Statuierung eines Exempels mit der sonst für dieses Vergehen unüblichen Todesstrafe bedacht.

Meisterhaft entwickelt Claude Chabrol so aus einem eher alltäglichen Schicksal eine Absage gegen die Doppelmoral der Vichy-Regierung zur Zeit des 2. Weltkrieges. Außenpolitische Schwäche wird durch überzogene innenpolitische Härte „ausgeglichen“. Der kleine „Mann“ („Frau“) wird zur Stabilisierung des angeknacksten Selbstbewußtseins mißbraucht. Doch vornehmlich bemüht sich Chabrol um eine wertungsfreie Darstellung, ohne den Zuschauer in eine bestimmte Richtung, egal ob für oder gegen die Abtreibung zu ziehen.

Isabelle Huppert schließlich stellt die ideale Besetzung für die Rolle der Marie in ihrer Ambivalenz von noch kindlicher Naivität und kalter, berechnender Geschäftstüchtigkeit. Entsprechend schwankt auch der Zuschauer ständig zwischen Sympathie und Antipathie zu den einzelnen Charakteren hin und her. So kommt man eigentlich erst nach dem Film dazu, sich selbst eine Meinung zu bilden. Keine vorgestanzte Filmkonserve zum Vergessen, sondern Anstoß und Anlaß, sich selbst intensiv mit der Problematik des Schwangerschaftsabbruches auseinanderzusetzen.

Katrin Eberhardt

EAK-Rhein-Sieg

EAK-Bonn

Einladung zu einem Gesprächsabend

„Unsere Rheinische Kirche heute nach der letzten Wahlsynode“

mit dem Superintendenten des Kirchenkreises Bonn

Pfarrer Rolf Schießmann

und dem Mitglied der Landessynode

Ernst Neukamp, Bonn

am Mittwoch, den 8. März 1989, 20.00 Uhr

im Konrad-Adenauer-Haus, Bonn 1

Anmeldung über:

EAK-Bundesgeschäftsstelle,

Konrad-Adenauer-Haus,

5300 Bonn 1

Telefon 02 28/54 43 05

23. Deutscher
Evangelischer
Kirchentag
7.-11. 6. 1989, Berlin

Unsere
Zeit

IN
GOTTES
HÄNDEN

	Mittwoch 7. Juni 1989 abends	Gottesdienste zur Eröffnung Abend der Begegnung
	Donnerstag Freitag Samstag 8. bis 10. Juni 1989	
8.15 Uhr		Morgengebet
9.00 Uhr		Bibelarbeiten mit Nachgespräch
10.00 Uhr		Markt der Möglichkeiten
11.00 bis 18.00 Uhr		Vortragsveranstaltungen Arbeitsgruppen Foren Gottesdienste Kommunikative Veranstaltungen
18.15 Uhr		Abendgebet zur Sache
ab 19.00 Uhr		Gottesdienste und Abendmahlsfeiern evangelistische, festliche und thematische Veranstaltungen im Messegelände, in der Stadt und in den Gemeinden
	Sonntag 11. Juni 1989 vormittags	Schlußversammlung

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft	1
Das vereinigte Europa – eine Herausforderung für die Kirchen	3
Der EG-Binnenmarkt 1992 in der Praxis für Politik und Wirtschaft	4
40 Jahre Bundesrepublik Deutschland	6
Zum § 218	7
Protestantische Profile Horst Horrmann	8
Was ist ein Christ in der Gegenwart?	8
Buchbesprechung	9
Pfarrer und Wirtschaft	11
Aus unserer Arbeit	12
Filmkritik	15



Unsere Autoren:

Dr. Gerd Langguth
Zitelmännstr. 22
5300 Bonn 1

Rolf Scheffbuch
Burgstr. 42
7060 Schorndorf

Dr. Ingo Friedrich, MdEP
Bahnhofstr. 14
8820 Gunzenhausen

Staatsminister
Albrecht Martin
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Kultusminister
Horst Horrmann
Schiffgraben 12
3000 Hannover

12 vierreseitige Info-Faltblätter „Euro-Infos '89“

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments mit thematischen Schwerpunkten:

z. B.:

- Europa lohnt sich für uns Deutsche!
- Europa – ein fairer Partner der Dritten Welt
- Nur gemeinsam können wir die Umwelt schützen

Anfragen zu diesen Informationsblättern leitet die EAK-Bundesgeschäftsstelle gern weiter an die Deutsche Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.